

Meine Woche im Landtag



Liebe Leserinnen und Leser,

die Medien titelten diese Woche: „Sigmar Gabriel – der beschädigte Wirtschaftsminister“. Der Grund dafür: Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Ministererlaubnis für die Übernahme der Supermarktkette Tengelmann durch Edeka vorläufig gestoppt. Der Erste Kartellsenat bewertete die Ausnahmegenehmigung von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) am Dienstag in einer vorläufigen Prüfung im Eilverfahren als rechtswidrig.

Wir FREIE WÄHLER haben bereits im September vergangenen Jahres in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, eine weitere Zunahme der Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel zu verhindern.

Es ist völlig unverständlich, dass sich die Bayerische Staatsregierung entgegen aller Experteneinschätzungen für die Erteilung der Ministererlaubnis ausgesprochen hat. Bereits damals hatten wir gefordert, diese Fehleinschätzung umgehend zu korrigieren.

Eine Fusion von Kaiser`s Tengelmann und Edeka würde die Marktkonzentration der Supermarktketten weiter verschärfen und die soziale Marktwirtschaft noch mehr ruinieren. Die Auswirkungen von einseitiger Marktmacht sehen wir derzeit beispielhaft beim Milchpreisverfall. Solche Szenarien würden sich durch diese Fusion häufen.

Ihr



Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

R ü c k b l i c k

Zukunft der Realschulen jetzt gestalten! So lautete diese Woche das von der FREIE WÄHLER Fraktion benannte Thema der Aktuellen Stunde im Landtag. Wir wollen damit erneut auf die seit Jahren bestehenden Probleme an dieser Schulart hinweisen. Die Realschule benötigt dringend mehr Lehrerstunden. Wir fordern seit Jahren ein Ende der Stundenkürzungen an der Bayerischen Realschule, den Auf- und Ausbau einer integrierten Lehrerreserve, den vollständige Abbau übergroßer Klassen sowie ein qualitativ und finanziell besser ausgestattetes Ganztagsschulangebot. Durch unsere Aktuelle Stunde konnten wir nun einen Teilerfolg verbuchen, denn die CSU hat endlich Zahlen genannt: Demnach erhalten die Realschulen 238 von 337 Lehrerstellen aus der demografischen Rendite zurück.

„Teilt die Staatsregierung die Rechtsauffassung des Bayerischen Gemeindetags, wonach anerkannte **Asylbewerber nicht als Obdachlose** im Sinne des Art. 7 LStVG anzusehen sind, wie begründet die Staatsregierung ihre Rechtsauffassung und welche Rechtsfolgen ergeben sich aus der Rechtsauffassung der Staatsregierung für die bayerischen Kommunen?“

Diese Frage wollten wir mit einer Anfrage zum Plenum im Interesse aller Kommunalpolitiker geklärt wissen. Denn derzeit besteht in vielen Gemeinden die Befürchtung, dass eine große Zahl anerkannter Asylbewerber auf einen Schlag untergebracht werden müsste, weil sie mit der Anerkennung als Asylberechtigte zu Obdachlosen werden könnten. Die genaue Antwort der Staatsregierung finden Sie unter folgendem Link:

<http://bit.ly/29G59rQ>

Auf der Tagesordnung im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst standen diese Woche mehrere Petitionen – zu einem Thema, das seit Monaten bayernweit die Gemüter erregt: Mehr als 23.000 Menschen forderten darin die **Beibehaltung von Volksmusiksendungen im Hörfunkprogramm Bayern 1**, also auf der UKW-Frequenz. Als FREIE WÄHLER erkennen wir die Programmautonomie des Bayerischen Rundfunks selbstverständlich an. In diesem Fall ist allerdings auch zu bedenken, dass Digitalsender wie beispielsweise BR Heimat für viele Menschen nach wie vor aufgrund großer Lücken in der technischen Infrastruktur schlecht erreichbar sind. Es ist Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, alle Menschen mit seinen Programmen zu bedienen. Volks- und Blasmusik ist ein unverzichtbarer Teil unserer bayerischen Kultur und Ausdruck der regionalen Verbundenheit. Ausgerechnet in dieser wichtigen Sparte ist derzeit ein lückenloser Empfang nicht gegeben. Leider wurden die Petitionen gegen unsere Empfehlung von der CSU-Mehrheit abgelehnt.

Der Begriff „**Leitkultur**“ hat in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem **bayerischen Integrationsgesetz** für einigen Wirbel gesorgt. Anlass war die Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf meine schriftliche Anfrage.

Von "einer Watschn für die CSU" spricht die Bayerische Staatszeitung am 11.07.2016 in ihrem [aktuellen Bericht \(klick hier\)](#) über den von der CSU forcierten Begriff "Leitkultur" im geplanten Bayerischen Integrationsgesetz, der von zahlreichen Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften aufs Schärfste kritisiert wurde. Die genauen Details habe ich in meiner Pressemeldung vom 11.07.2016 hier <http://goo.gl/3r4pTO> zusammengefasst. Dort finden Sie auch den Link zu der erwähnten schriftlichen Anfrage.

Das neue **Bundesteilhabegesetz** soll vor allem die finanzielle Situation von Behinderten stärken, die in ihrem Alltag auf Unterstützung und Hilfsmittel angewiesen sind. Doch der Kabinettsentwurf in seiner jetzt vorliegenden Form hat Lücken und kann von den FREIEN WÄHLERN nur abgelehnt werden. Darauf haben meine Kollegin Gabi Schmitt und ich in einem Fachgespräch mit mehreren Sozialverbänden hingewiesen. Die ausführlichen Informationen finden Sie in hier <http://goo.gl/tuks88> in unserer Pressemeldung.

Jedes Kind sollte nach der Grundschulzeit schwimmen können. Doch derzeit ist das bei rund einem Drittel der Kinder leider nicht der Fall. Bei den jährlich ertrunkenen Menschen nimmt Bayern im Vergleich mit den übrigen Bundesländern eine traurige Spitzenposition ein. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sehen wir hier einen dringenden Handlungsbedarf. Wir haben deshalb im Bildungsausschuss zwei Anträge zum **Schwimmen in der Grundschule** eingebracht. Unser Ziel ist es, die Zahl der Nichtschwimmer unter den Grundschulkindern zu reduzieren. Beide Anträge wurden jedoch von der Regierungsmehrheit der CSU abgelehnt.

Bei einer Pressekonferenz präsentierten die FREIEN WÄHLER am Donnerstag ein **Rechtsgutachten zum Verhalten von Christine Haderthauer in der sogenannten Modellbau-Affäre**. Demnach hat die ehemalige Staatskanzleichefin unter Verletzung der Bayerischen Verfassung massiv in die Rechte frei gewählter Abgeordneter eingegriffen. Zu diesem Ergebnis kommt das Gutachten des renommierten Verfassungsexperten und Strafrechtlers Dr. Gerhard Strate. Der Hamburger Jurist stellt darin fest, dass Haderthauer auch öffentliche Finanzmittel missbrauchte.

Auf einer Pressekonferenz unserer Fraktion im Landtag legte er dar, dass die Unterlassungsaufforderung durch Christine Haderthauer in ihrer Funktion als Staatskanzleichefin die Grundprinzipien der Bayerischen Verfassung auf den Kopf stellt. In zahlreichen Schreiben zur Modellbauaffäre hat Haderthauer auf Ressourcen der Ministerien und damit auf öffentliche Gelder zurückgegriffen. Die ehemalige Ministerin hat

damit ihre Befugnisse als Ministerin und Staatskanzleichefin evident überschritten und versucht, frei gewählte Abgeordnete des Bayerischen Landtags zu beeinflussen.

Impressum

Verantwortlich nach §5 TMG:

Dr. Hans Jürgen Fahn
Justin-Kirchgäßner-Str. 11
63906 Erlenbach am Main
Tel.: 09372 6985
E-Mail: dr.fahn@onlinehome.de